

Pressemappe zur FAIR TRADE & FRIENDS 2015 – Leitmesse für den Fairen Handel erfährt starke Nachfrage

geschrieben von Andreas | 28. August 2015
Medien-Information 121 / 2015

Dortmund (Kh) – Die FAIR TRADE & FRIENDS (28. bis 30. August 2015) ist auch in diesem Jahr gut gebucht und international aufgestellt. 162 Aussteller aus 17 Nationen sind auf Deutschlands größter Messe zum Fairen Handel vertreten. Zum sechsten Mal in Folge wird in der Messe Westfalenhallen Dortmund der Zukunftsmarkt für Fairen Handel sowie ökologisch und sozial verträgliche Konsumgüter gezeigt. Fachforen richten den Blick auf die Europa-Politik und deren globale Auswirkungen. „Die FAIR TRADE & FRIENDS präsentiert eine Vielfalt von Top-Themen im Bereich ethischen Wirtschaftens. Sie hat sich am Messestandort Dortmund als Deutschlands größte Messe zum Fairen Handel fest etabliert“, sagt Sabine Loos, Hauptgeschäftsführerin der Westfalenhallen Dortmund GmbH. [...]

Die vollständige Pressemappe zur FAIR TRADE & FRIENDS finden Sie hier:

http://www.westfalenhallen.de/messen/fair/downloads/fair/Pressemappe_FAIR_2015.pdf

Honorarfreie Pressefotos können Sie hier downloaden, bitte auf die Box „Fotos zum Download“ klicken:
<http://www.westfalenhallen.de/messen/fair/2500.php>

Ausführliche Informationen zu den Fachforen der Messe unter:
<http://www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/2855>

Karolin Heinrigs

Marketing- und Unternehmenskommunikation

Telefon: +49 (0) 231 1204-556

Fax: +49 (0) 231 1204-724

Karolin.Heinrigs@westfalenhallen.de

Westfalenhallen Dortmund GmbH

Strobelallee 45, 44139 Dortmund

Telefon: +49 (0) 231 1204-0

www.westfalenhallen.de

Bilanz der GLS Bank überschreitet 4 Milliarden Euro

geschrieben von Andreas | 28. August 2015

Presseinformation

Bochum, 25.08.2015. Die Bilanzsumme der GLS Bank erreicht 4 Milliarden Euro. Die Zahl der Mitglieder steigt auf mehr als 40.000.

Die GLS Bank steuert auf ein außerordentliches Geschäftsjahr 2015 zu. In dieser Woche beträgt das Bilanzvolumen 4 Milliarden Euro. Zu Ende Juli hatte es um 9,1 Prozent zugelegt. 2014 lag der Anstieg im selben Zeitraum bei 6,2 Prozent. Die GLS Bank gehört nun zu den größten Genossenschaftsbanken Deutschlands und belegt Platz 26 von insgesamt 1045 Genossenschaftsbanken. Gerade angesichts der schwierigen Marktbedingungen und niedriger Zinsen bewährt sich die sozial-ökologische Ausrichtung.

Die Bilanzentwicklung verdankt die GLS Bank auch dem

beispiellosen Vertrauen ihrer Mitglieder. Immer mehr Menschen zeichnen Genossenschaftsanteile. Ende Juli zählte die Genossenschaftsbank 40.023 Mitglieder. Das Eigenkapital nahm um 10,2 Prozent zu und betrug 266 Millionen Euro. Dies freut Vorstandssprecher Thomas Jorberg besonders: „Das zeigt, dass immer mehr Menschen nicht nur nach der Wirkung ihres Geldes fragen, sondern sich konsequent für eine sozial-ökologische Verwendung einsetzen. Das ist ein wichtiges Signal für nachhaltige Geldanlagen.“

Folgerichtig finden jeden Monat rund 2.000 neue Kundinnen und Kunden zur GLS Bank. Das entspricht einem Zuwachs von 5,8% im ersten Halbjahr. Ein Konto können sie telefonisch, online, per Video oder an den sieben Standorten in Deutschland eröffnen. Auch die Kreditnachfrage nimmt stetig zu. Sie liegt mittlerweile bei 2,05 Milliarden Euro, ein Plus von 7,1 Prozent.

Thomas Jorberg blickt zuversichtlich nach vorne: „Die GLS Bank kann ihren erfolgreichen Kurs fortsetzen. Offensichtlich trauen viele Menschen uns am ehesten zu, die wichtigen Zukunftsfragen der Banken zu meistern: die niedrigen Zinsen, die immer komplexere Regulierung und die digitalen Umbrüche.“

Über die GLS Bank

Die sozial-ökologische GLS Bank bietet ihren Kundinnen und Kunden alle Leistungen einer Hausbank an, vom Girokonto über Baufinanzierung bis zu Beteiligungen. Sie hat ihren Sitz in Bochum und Standorte in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Freiburg, München und Stuttgart. Über ihre Partnereinrichtung GLS Treuhand ist auch der Bereich Stiften und Schenken abgedeckt. Jeder Kunde kann Mitglied und somit Eigentümer der Bank werden. Mit einer umfassenden Transparenz bietet sie einen dreifachen Gewinn: menschlich, zukunftsweisend, ökonomisch

Einladung zu den Medienterminen anlässlich der FAIR TRADE & FRIENDS 2015

geschrieben von Andreas | 28. August 2015

Medien-Information

Dortmund 18.08.2015

Liebe Medienvertreter,

mehr als eine Milliarde Euro gaben Deutsche Verbraucherinnen und Verbraucher im letzten Jahr für fair gehandelte Produkte aus. Welche Vielfalt der Markt für ökosoziale Produkte hervorbringt, zeigt die FAIR TRADE & FRIENDS 2015 vom 28. bis 30. August 2015, in der Messe Westfalenhallen Dortmund.

Anlässlich Deutschlands größter Messe zum Fairen Handel laden wir Sie herzlich zu den folgenden Medien-Terminen ein:

* Donnerstag, 27. August 2015, 12 Uhr: Vorab-Pressekonferenz, Saal 31, Messe-Forum

TeilnehmerInnen:

- * Ullrich Sierau, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund
- * Sabine Loos, Hauptgeschäftsführerin Westfalenhallen Dortmund GmbH
- * Jürgen Sokoll, Eine Welt Netz NRW e.V.
- * Moritz Zielke, Mitbegründer von wiederverwandt.de und prominenter Unterstützer der Messe
- * Barbara Schimmelpfennig, Pressesprecherin der GEPA
- * Prof. Dr. Thomas Meuser, BiTS Iserlohn: Studiengangsleiter „Green Business Management“
- * Freitag, 28. August 2015, 10 Uhr, Offizielle Eröffnung der

FAIR TRADE & FRIENDS, Bühne, Westfalenhalle 3A

TeilnehmerInnen:

- * Sabine Loos, Hauptgeschäftsführerin Westfalenhallen Dortmund GmbH
- * Ullrich Sierau, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund
- * Dr. Marc Jan Eumann, Staatssekretär bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien
- * Gerd Deihle, Vorsitzender Eine Welt Netz NRW
- * Michael Radau, Präsident Handelsverband NRW e.V.
- * Dr. Hedwig Petry, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH

Wir freuen uns auf das gemeinsame Gespräch mit Ihnen und möchten Sie bitten, Ihre Teilnahme kurz zu bestätigen.

Falls Sie noch eine Akkreditierung zur Messe benötigen, nutzen Sie einfach auf den folgenden Link:
<http://www.westfalenhallen.de/messen/fair/90.php>

Kontakt:

Karolin Heinrigs

Karolin Heinrigs

Marketing- und Unternehmenskommunikation

Telefon: +49 (0) 231 1204-556

Fax: +49 (0) 231 1204-724

Karolin.Heinrigs@westfalenhallen.de

281 Kinderlebensmittel im Test – foodwatch-Studie

belegt: Selbstbeschränkung der Lebensmittelindustrie bei Kindermarketing wirkungslos – Medizinische Fachgesellschaften und Gesundheitsorganisationen fordern gesetzliche Begrenzung

geschrieben von Andreas | 28. August 2015

Gemeinsame Pressemitteilung von Deutscher Adipositas Gesellschaft, Deutscher Diabetes Gesellschaft, diabetesDE – Deutsche Diabetes Hilfe und foodwatch / Thema: Kinderernährung

Berlin, 24. August 2015. Die seit 2007 bestehende freiwillige Selbstbeschränkung der Lebensmittelindustrie beim Kindermarketing ist wirkungslos: Die Hersteller bewerben in Deutschland weiterhin fast ausschließlich ungesunde Produkte gezielt an Kinder – obwohl sie sich im sogenannten „EU Pledge“ zu einem verantwortungsvollen Marketing verpflichtet haben. Das belegt eine Studie von foodwatch, die die Verbraucherorganisation heute gemeinsam mit der Deutschen Adipositas Gesellschaft, der Deutschen Diabetes Gesellschaft und diabetesDE – Deutsche Diabetes-Hilfe in Berlin vorgestellt hat. Für die Studie hat foodwatch alle an Kinder vermarkteten Produkte derjenigen Hersteller unter die Lupe genommen, die den „EU Pledge“ unterzeichnet haben – mit eindeutigem Ergebnis: Trotz der Selbstverpflichtung sind 90 Prozent von insgesamt 281 untersuchten Produkten keine ausgewogenen Kinderlebensmittel nach den Anforderungen der

Weltgesundheitsorganisation (WHO). Gerade einmal 29 Produkte im Test dürften nach den Kriterien der WHO-Experten an Kinder vermarktet werden.

Die medizinischen Fachgesellschaften und Gesundheitsorganisationen und foodwatch forderten Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe sowie Bundesernährungsminister Christian Schmidt auf, an Kinder gerichtetes Marketing nur noch für Lebensmittel zu erlauben, die den WHO-Kriterien entsprechen. Rein freiwillige Maßnahmen der Lebensmittelindustrie reichten nicht aus, wie das Studienergebnis deutlich zeige.

„Mit wohlklingenden Selbstverpflichtungen inszeniert sich die Lebensmittelbranche als Vorreiter im Kampf gegen Übergewicht und Fehlernährung – und vermarktet gleichzeitig tonnenweise Süßigkeiten und Junkfood gezielt an Kinder. Ein trauriges PR-Manöver, das nur von der eigenen Verantwortung ablenken soll. Die Lebensmittelwirtschaft ist nicht Teil der Lösung, sondern Kern des Problems“, sagte Oliver Huizinga, Experte für Kindermarketing bei foodwatch.

„Die sogenannte Selbstverpflichtung der Lebensmittelindustrie für die Kinderlebensmittelwerbung ist eine Mogelpackung und täuscht den Verbraucher. Die meisten ‚Kinderlebensmittel‘ sind keine Lebensmittel, sondern schlichtweg Süßigkeiten. Marketing für ‚Kinderlebensmittel‘ muss per Gesetz eingedämmt werden, sonst werden wir die Welle der Fehlernährung und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen nicht stoppen“, erklärte Dr. Dietrich Garlichs, Geschäftsführer der Deutschen Diabetes Gesellschaft und Sprecher der Deutschen Allianz Nichtübertragbarer Krankheiten (DANK).

Im Rahmen einer Initiative der Europäischen Union haben zahlreiche Lebensmittelunternehmen bereits 2007 in einer Selbstverpflichtung (dem sogenannten „EU Pledge“) zugesichert, Regeln für an Kinder gerichtetes Marketing einzuhalten. So sollen beispielsweise nur noch Lebensmittel, die bestimmte

Nährwertanforderungen erfüllen, an Kinder unter zwölf Jahren beworben werden. foodwatch wollte überprüfen, ob diese Selbstverpflichtungserklärung dazu geführt hat, dass tatsächlich nur noch ausgewogene Lebensmittel an Kinder vermarktet werden. Dazu wurde das Marketing der EU Pledge-Unterzeichnerfirmen in Deutschland, unter anderem Kellogg's, Ferrero, Danone, Nestlé und Coca-Cola, untersucht: Die Nährstoffzusammensetzung aller Produkte, die sich in Marketing oder Werbung direkt an Kinder richten, wurde mit den Anforderungen der Weltgesundheitsorganisation an ernährungsphysiologisch ausgewogene Lebensmittel abgeglichen. Ergebnis: Von insgesamt 281 Produkten im Test erfüllen nur 29 die WHO-Kriterien. 90 Prozent (252) der Lebensmittel sollten nach Meinung der Gesundheitsexperten hingegen nicht an Kinder vermarktet werden.

Das deutliche Ergebnis zeigt, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Lebensmittelindustrie auch acht Jahre nach Unterzeichnung nicht zu einem verantwortungsvollen Lebensmittelmarketing für Kinder geführt hat. foodwatch und die medizinischen Fachgesellschaften und Patientenorganisationen kritisierten, dass der „EU Pledge“ aus mehreren Gründen wirkungslos ist:

1. Die Nährwertgrenzen, wonach ein Produkt als ungesund gilt, sind zu lasch. Die WHO erlaubt beispielsweise einen Zuckergehalt bei Kinder-Frühstücksflocken von maximal 15 Prozent – im „EU Pledge“ sind bis zu 30 Prozent erlaubt. Auch fettig-salzige Chips sind gemäß der EU Pledge-Nährwertkriterien für das Kindermarketing zugelassen.

2. Zwar gibt es für klassische Werbung, beispielsweise im Fernsehen, Einschränkungen. Wichtige Marketingkanäle wie die Gestaltung der Verpackung (etwa mit Comic-Figuren oder Gewinnspielen) oder Aktionen direkt im Supermarkt sind aber ausgenommen – hier ist Kindermarketing für alle Produkte möglich.

3. Längst nicht alle Unternehmen haben die Selbstverpflichtung unterzeichnet. Zahlreiche Branchengrößen wie Dr. Oetker, Haribo, Bahlsen, Ehrmann oder Hipp fehlen ebenso wie der Lebensmitteleinzelhandel mit seinen Eigenmarken.

4. Die Altersgrenze ist mit 12 Jahren zu niedrig gewählt. Das Werbeverbot sollte für Kinder bis mindestens 16 Jahre gelten.

Das WHO-Regionalbüro für Europa hatte Anfang 2015 konkrete Vorgaben definiert, wonach nur noch ernährungsphysiologisch ausgewogene Produkte an Kinder vermarktet werden sollten. Dabei spielen unter anderem die Anteile von Fett, Zucker und Salz, aber auch der Kaloriengehalt oder zugefügte Süßstoffe eine Rolle.

In Deutschland sind 15 Prozent der Kinder übergewichtig, sechs Prozent sogar adipös, also fettleibig – ihnen drohen Krankheiten wie Diabetes Typ 2, Gelenkprobleme, Bluthochdruck und Herz-Kreislaufkrankungen. Im Vergleich zu den 80er- und 90er-Jahren ist der Anteil übergewichtiger Kinder um 50 Prozent gestiegen. Der wichtigste Grund für das Übergewichtsproblem: Kinder ernähren sich falsch. Sie essen zu viele Süßigkeiten, fettige Snacks und trinken zu viele zuckerhaltige Getränke; Obst und Gemüse kommen dagegen zu kurz.

Redaktionelle Hinweise:

- foodwatch-Studie zu Kindermarketing mit allen untersuchten Produkten im Überblick: tinyurl.com/qed78kp
- Fotostrecke mit Produktfotos zum Download: tinyurl.com/nee7xj4
- Gemeinsame Erklärung der Deutschen Adipositas Gesellschaft, Deutschen Diabetes Gesellschaft und diabetesDE – Deutsche Diabetes Hilfe: tinyurl.com/p2uok75
- Hintergrundpapier der Deutschen Adipositas Gesellschaft, Deutschen Diabetes Gesellschaft und diabetesDE – Deutsche Diabetes Hilfe zum WHO-Nährwertmodell: tinyurl.com/n9lyae3

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

„PARK(ing) DAY“ 2015 – Grünoasen statt Blechwüsten

geschrieben von Andreas | 28. August 2015

Rollrasen statt Asphalt heißt es am 18. September auf Münchens Straßen. An diesem Tag verwandelt die Umweltorganisation Green City e.V. gemeinsam mit anderen Organisationen, BürgerInnen und KünstlerInnen zwischen 15:00 und 19:00 Uhr Parkplätze in PARKs. Mitmach- oder Entspannungs-Oasen laden zum Verweilen ein und zeigen alternative Nutzungsformen des öffentlichen Raums. Anlass ist der weltweite Aktionstag „PARK(ing) DAY“ im Rahmen des Autofreien Tages.

Mit dabei sind vielfältige Angebote, die die Straßen beleben und sie so den Menschen als Lebensraum erschließen. Mit dem „PARK(ing) DAY“ untermauert Green City e.V. seine Forderung nach einer radikalen Reduktion der KFZ-Stellplätze innerhalb des Mittleren Rings. Die Umweltschutzorganisation kritisiert damit die Tatsache, dass dem Autoverkehr über 70 Prozent des öffentlichen Raumes zur Verfügung stehen. Der PARK(ing) DAY ist außerdem Teil der Kampagne #MucOhneMief, mit der Green City e.V. zeigt, wie lebenswert München mit weniger Lärm und Abgasen sein kann. Wo genau sich die PARKs befinden, steht in Kürze auf www.greencity.de. Zurzeit sucht Green City e.V. noch MitmacherInnen. Wer Interesse hat, einen eigenen PARK zu gestalten, kann sich bis 17. August melden: stadtgestaltung@greencity.de, (089) 890 668 -336.

Termin: Freitag, 18. September 2015, 15:00 bis 19:00 Uhr

Ort: Parkplätze in ganz München

Veranstalter: Green City e.V.

Kosten: Die Teilnahme ist kostenfrei.

Hochauflösende Pressefotos können Sie kostenlos von unserem Presseportal herunterladen: www.greencity.de/presse

Pressekontakt

Judith Fahrentholz

089 / 890 668-313

presse@greencity.de

Naturland und Lammsbräu: Gemeinsam mit Europaabgeordnetem Deß für praxisgerechte Neufassung der EU-Öko-Verordnung

geschrieben von Andreas | 28. August 2015

Presseinformation

– Europaabgeordneter und agrarpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion Albert Deß zum politischen Austausch mit Neumarkter Lammsbräu und Naturland auf Öko-Hof Stephan in Seubersdorf bei Neumarkt

-Neufassung der EU-Öko-Verordnung darf positive Entwicklung der bayerischen Öko- Branche nicht ausbremsen und muss praxisgerecht sein

– Forderungskatalog der Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller (AöL) überreicht

Seubersdorf, 11.08.2015 – Die Generalbevollmächtigte von Neumarkter Lammsbräu und AöL-Vorstand Susanne Horn und der Naturland Präsidiumsvorsitzende Hans Hohenester sind sich mit dem Europaabgeordneten und agrarpolitischen Sprecher der EVP-Fraktion Albert Deß einig: Die Neufassung der EU-Öko-Verordnung darf auf keinem Fall zu Lasten der bayerischen Öko-Branche gehen. Der Europaabgeordnete besuchte an diesem Dienstag, auf Einladung von Neumarkter Lammsbräu und Naturland, den Naturland Hof Stephan in Seubersdorf, in der Nähe von Neumarkt in der Oberpfalz. „Der Öko-Landbau leistet nicht nur einen unverzichtbaren gesellschaftlichen Beitrag, indem er für gesunde Böden, mehr Artenvielfalt und eine lebenswerte Umwelt sorgt, er schafft auch nachweislich Arbeitsplätze und eine nachhaltige Wertschöpfung in der Region“, so Hans Hohenester. „Lammsbräu und seine Erzeugergemeinschaft für ökologische Braurohstoffe EZÖB, zu der auch der Naturland Hof Stephan gehört, machen das seit über zwei Jahrzehnten absolut beispielhaft vor“, so Hohenester weiter.

„Die positiven Entwicklungen der letzten 25 Jahre dürfen jetzt nicht durch eine praxisuntaugliche Neufassung der EU-Öko-Verordnung gefährdet werden“, warnte der Naturland Präsidiumsvorsitzende. Statt beispielsweise die bewährte Prozesskontrolle des Öko-Landbaus aus konventionellem Denken heraus unnötig in Frage zu stellen müsse der Öko-Landbau durch geeignete Maßnahmen weiter gestärkt werden, wie es der bayerische Landwirtschaftsminister Helmut Brunner mit seinem BioRegio 2020 Programm vormache, so der Hohenester. „Nach dem leider in vielerlei Hinsicht untauglichen Vorschlag des EU-Agrarministerrats zur Neufassung der EU-Öko-Verordnung vom 16. Juni, ist jetzt das EU-Parlament gefordert“, ergänzt die Lammsbräu-Generalbevollmächtigte Horn. „Das Parlament muss jetzt auf Basis seines schon am 7. Mai vorgelegten Berichts

einen gangbaren Weg finden, der der Öko-Branche in Bayern und ganz Europa nützt, anstatt sie unnötig auszubremsen“, so Horn. Wie dieser aussehen sollte, skizziert ein Zwölf-Punkte-Papier der Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller (AöL), das Horn beim Austausch an die Gesprächspartner aus Politik und Öko-Branche übergab.

Ähnlich sieht das Albert Deß, Europaabgeordneter und agrarpolitischer Sprecher der EVP Fraktion. „Der Vorschlag der Kommission ist von Anfang an in die falsche Richtung gegangen. Ich teile hier die Besorgnis der Öko-Branche. Eine Überarbeitung der EU-Öko-Verordnung muss das Ziel haben den Öko-Landbau auch für die Zukunft auf eine stabile Basis zu stellen und für mehr Öko-Landbau und nicht für weniger zu sorgen.“ Der Europaabgeordnete sagte deshalb zu, sich in Brüssel und Straßburg für eine praxisgerechte Neufassung der EU-Öko-Verordnung einzusetzen und dabei den Forderungen der Öko-Branche das nötige Gehör zu verschaffen.

Sollte es in den Verhandlungen von Rat und Parlament zur Revision der EU-Öko-Verordnung nicht gelingen, den Rechtsrahmen für die Öko-Landwirtschaft praxistauglich weiterzuentwickeln, müsse aber auch ein vorrübergehender Abbruch der Verhandlungen eine Option sein, so die Vertreter von Naturland und Lammsbräu unisono.

Zum Hintergrund

Im März 2014 hat die EU-Kommission eine umstrittene Vorlage für ein neues Bio-Recht vorgelegt. Der EU-Agrarrat stimmte seine Position dazu im Juni 2015 ab. Im Herbst starteten EU-Agrarrat und -Parlament den von der EU-Kommission moderierten Trilog-Prozess, um das neue EU-Öko-Recht final auszuhandeln.

Neumarkter Lammsbräu

Neue Wege beschreiten und sich dabei an den Grundprinzipien der Natur orientieren – das kennzeichnet die Neumarkter Lammsbräu seit langem. Als junger Chef einer Familienbrauerei

mit über 380-jährigen Geschichte, machte sich der heutige Inhaber Dr. Franz Ehrnsperger schon in den 1970er Jahren auf die Suche nach den besten Rohstoffen für sein Bier – und wurde im ökologischen Landbau fündig. Und auch die Idee dahinter überzeugte ihn. Die aus dieser Überzeugung entstandenen Umweltrichtlinien prägen das Unternehmen bis heute und legen den Grundstein für eine ganz eigene „Bio-Tradition“. Inzwischen ist die Neumarkter Lammsbräu Marktführer für Bio-Bier und produziert mit rund 110 Mitarbeitern und unter ausschließlicher Verwendung kontrolliert-ökologischer Zutaten 80.500 hl Bier und 98.600 hl alkoholfreie Getränke pro Jahr, darunter die now-Bio-Limonaden und das erste nach Bio-Richtlinien zertifizierte Mineralwasser BioKristall. Getränke, die nicht nur höchsten Genuss versprechen, sondern immer auch die Gewissheit beinhalten, mit jedem Schluck den Umweltschutz zu fördern.

Mehr zu Lammsbräu unter www.lammsbraeu.de/

Naturland

Seit über 30 Jahren gehen Naturland Bauern und Verarbeiter als Pioniere voran. Aktuell wirtschaften in Deutschland mehr als 2.600 Naturland Betriebe auf einer Fläche von gut 136.000 ha, international bewirtschaften über 38.000 Bauern eine Fläche von gut 113.000 ha. Für Naturland bedeutet Öko-Landbau, Tradition mit der Moderne und Erfahrungen mit dem Mut zu Neuem zu verbinden. Naturland Bauern und Verarbeiter wirtschaften nicht gegen die Natur, sondern mit ihr. Sie bewahren die Artenvielfalt, sorgen für fruchtbare Böden, schützen das Wasser und wirken dem Klimawandel entgegen. So entwickeln sie die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft beständig weiter. Naturland Bauern und Verarbeiter wirtschaften mit Blick auf die nachfolgenden Generationen und entwickeln Lösungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Ihr Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise lautet: ökologisch, zukunftsweisend und fair.

Zum Hintergrund

Mehr zu Naturland unter <http://www.naturland.de/de/>

Pressekontakt Lammsbräu:

Dr. Daniel Haussmann

Thomas Pfaff Kommunikation

Tel.: +49-89-992496-54

E-Mail: haussmann@pfaff-kommunikation.de

Pressekontakt Naturland:

Sebastian Mittermaier

Referent Agrarpolitik/Landbau

Naturland – Verband für ökologischen Landbau e.V.

Tel +49 (0) 89-89 80 82-27 / 0172 6598387

E-Mail: s.mittermaier@naturland.de

Die nachhaltige Urlaubs-community Tribewanted eröffnet nach Fiji, Sierra Leone und Italien zwei neue nachhaltige Tourismusdestinationen: Die “Kul kul Farm” auf Bali und “Gonubalabala” in Papua Neuguinea

geschrieben von Andreas | 28. August 2015

Tribewanted, das Netzwerk nachhaltiger Urlaubs-Communities

(<http://www.tribewanted.com/>), das von dem Engländer Ben Keene und dem Italiener Filippo Bozotti ins Leben gerufen wurde, öffnet nach den Projekten auf der Fidji-Insel Vorovoro, John Obey Beach in Sierra Leone und Monestevole in Umbrien/Italien (<http://www.monestevole.it/it>) nun seine Tore an zwei neuen Destinationen: in Ubud auf Bali in Partnerschaft mit der Kul Kul Farm, und auf der Insel Gonubalabala in Papua Neuguinea, in Zusammenarbeit mit der örtlichen Gemeinde und dem Stamm der Insel.

Die Kul Kul Farm auf Bali befindet sich im Herzen der Insel, unweit von Ubud, und bietet neben dem Urlaub auf der Farm die einmalige Möglichkeit, an Kursen und Workshops der international bekannten „Green School“ teilzunehmen. Seit Mai 2015 ist Tribewanted Partner der Kul Kul Farm und die Tribe-Mitglieder haben ab sofort die Gelegenheit, einen ganz besonderen Urlaub inmitten lokaler Kultur und Traditionen zu erleben und an Kursen teilzunehmen, die von Bambushaus-Baukunde über Permakultur bis biologischen Landbau reichen. Das Naturschauspiel der Insel und ihre antiken Tempel bieten einen beeindruckenden Rahmen hierfür.

Gonubalabala in Papua Neuguinea gehört zur Inselgruppe der Samarai und liegt in der Provinz von Milne Bay. Der Stamm der 20 Bewohner, die Mailulu, beherbergen die Tribe-Mitglieder im Monat November während des Kenu & Kundu Festivals auf ihrer Insel. Zusammen mit den Fischern der Insel können die Tribe-Mitglieder die ersten Bungalows, Regenwasserzisternen und eine Solaranlage bauen, um die Grundsteine für einen nachhaltigen Tourismus auf der Insel zu legen.

Das Netzwerk von Tribewanted ist eine Kooperative, die sich der Entwicklung von nachhaltigen Initiativen auf der ganzen Welt verschrieben hat. Mit den beiden neuen Zielen hat sie wieder einen wichtigen Beitrag hierzu geleistet. Aktuell gibt es 12 000 Tribe-Mitglieder weltweit.

Die Preise für Unterkunft und Verpflegung für diesen

alternativen Urlaub liegen bei 300 Euro pro Person und Woche in Bali und 440 Euro pro Person und Woche on Papua Neuguinea, die Reise- und Transportkosten sind nicht im Preis inbegriffen.

Weitere Informationen:

Tribewanted Bali : bali.tribewanted.com

Tribewanted Gonubalabala: png.tribewanted.com

Tribewanted Monestevole (Italien): <http://www.monestevole.it>

Informationen auf Deutsch, Terminabsprache fuer Interviews mit Ben Keene und Fotomaterial in hoher Auflösung:

Kirsten Harms |harms@triiimpuls.com| + 49 0511 165 968 40

Britta Krämer|kraemer@triiimpuls.com| +39 328 649 4033

mail@triiimpuls.com

—

Britta Krämer

triiimpuls GbR

tourismuskonzepte&kommunikation

www.triiimpuls.com

www.away-and-aware.com

0039 055 852229

**Von Hamburg nach China per
Bambusfahrrad: Hamburger**

Ehepaar erreicht China

geschrieben von Andreas | 28. August 2015

Pressemeldung

287 Tage und 15.000 gefahrene Kilometer sind geschafft.

Karina und Tim Poser passierten 20 Länder auf Bambusfahrrädern bis China.

Countdown der letzten Etappe bis ins chinesische Chengdu.

Hamburg/Kiel, 13. August 2015: Unter dem Motto „boo2east“ startete das Hamburger Ehepaar Karina und Tim Poser in ihrer Heimatstadt am 2. Oktober 2014 auf zwei Bambusfahrrädern. Das Ziel: mit dem Fahrrad nach China. Nun ist es soweit: Über Kirgistan reisten die beiden nach China ein und starten zu ihrer letzten Etappe über 3.500 Kilometer quer durch die Volksrepublik China. Die finale Destination ist die chinesische Metropole Chengdu.

Gestartet in der Hansestadt, passierten die Hamburger die österreichischen und italienischen Alpen, fuhren über Kroatien weiter über Albanien Richtung Griechenland und in die Türkei. Mit Stationen in Armenien, Iran, Turkmenistan und Uzbekistan, verbrachte das Paar viel Zeit in Zentralasien und schwärmt über seinen Blog und die Social Media-Kanäle von den unzähligen Eindrücken und Kontakten, die sie während ihrer Reise bislang gesammelt haben. „Jenseits touristischer Ströme entdecken wir das wahre Leben. Wir machen tolle Bekanntschaften und dürfen viel Gastfreundschaft erfahren. Wir werden in die Familien zum Essen oder Übernachten eingeladen – neben der einmaligen Landschaften durch die wir fahren, sind diese zwischenmenschlichen Erlebnisse unbeschreiblich“, berichtet Karina Poser. So wurde ihr Mann in Kirgistan auch zur Schlachtung eines Schafes eingeladen, die er als ruhigen und respektvollen Vorgang beschreibt.

Für die Jahresreise von rund 20.000 Kilometern wurden die

jungen Hamburger von der Schramm Group gefördert. Das Logistikunternehmen stellt dem Paar moderne und stabile Bambusfahrräder zur Verfügung. Die Kieler Firma my Boo entwickelt die Bambusfahrräder gemeinsam mit einem sozialen Projekt in Ghana. Die Rahmen aus Bambus werden in Ghana gefertigt und in der Manufaktur in Kiel anschließend zu hochwertigen und geprüften Alltagsrädern montiert. my Boo vereint ökologische und soziale Nachhaltigkeit und finanziert aus dem Erlös der in Europa verkauften Bambusfahrrädern Schulstipendien und Mikrokredite in Ghana. Die Bambusfahrräder von Karina und Tim Poser unterscheiden sich von der Serienausstattung in den Bremsen und der Schaltung. Statt hydraulischen Scheibenbremsen sind sie mit Öldruck-Felgenbremsen ausgestattet und verfügen über eine spezielle Rohloff Spedhub-Schaltung anstelle einer Ketten- oder Nabenschaltung. So handelt es sich um wartungsarme Reiseräder, die für Gelände jeder Art und das Zusatzgepäck von 30 Kilogramm gerüstet sind.

Aktuell befinden sich die Hamburger Radfahrer in der Nähe von Kashgar. Die Heimreise werden sie im Oktober mit dem Flugzeug antreten.

Bild- und Videomaterial sowie ihre Etappen und Eindrücke veröffentlichen Karina und Tim Poser auf ihrem Blog „www.boo2east.de“.

boo2east auf facebook: facebook.com/boo2east

Pressekontakt:
felix@my-boo.de

Felix Habke
– Marketing & PR –

my Boo GmbH
Adalbertstraße 11
24106 Kiel

Tel. +4917664165541

felix@my-boo.de

www.my-boo.de

Geleaktes Dokument zu TTIP-Verhandlungen beweist: Bundesregierung sieht Gefahr der Entmachtung der Parlamente durch zukünftige Regulierungskooperation

geschrieben von Andreas | 28. August 2015

Pressemitteilung – Thema: TTIP-Freihandelsabkommen

Berlin, 27. Juli 2015. Ein vertrauliches Regierungsprotokoll über die TTIP-Verhandlungen zeigt: Trotz anders lautender öffentlicher Beteuerungen fürchtet die Bundesregierung, dass durch das geplante Freihandelsabkommen weitreichende Regulierungsvorhaben in Zukunft ohne parlamentarische Zustimmung beschlossen werden könnten. Zwar versichert die Bundesregierung offiziell stets, bei der sogenannten „regulatorischen Kooperation“ zwischen EU und USA würden das Europäische Parlament und nationale Parlamente eingebunden – intern warnen Regierungsvertreter aber davor, dass die Abgeordnete bei wichtigen Fragen zukünftig außen vor bleiben könnten. Dies belegt ein vertraulicher Bericht eines deutschen Regierungsmitarbeiters für das Bundeswirtschaftsministerium über ein Treffen zwischen EU-Mitgliedstaaten und Kommissionsvertretern im Januar 2015, den das Recherchebüro

Correctiv veröffentlicht hat. Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte Anfang Juli bereits eine Analyse der Universität Göttingen veröffentlicht, in der fehlende Mitbestimmungsrechte der EU-Abgeordneten nach Abschluss des TTIP-Abkommens kritisiert wurden.

„Die Bundesregierung verspricht Wachstum und Wohlstand durch TTIP – und verschweigt die Bedrohung für die Demokratie. Ohne jede parlamentarische Kontrolle könnten Technokraten und Beamte in Zukunft über weitreichende Regulierungsvorhaben entscheiden: Das ist die reale Gefahr des transatlantischen Freihandelsabkommens, über die die TTIP-Befürworter öffentlich nicht sprechen“, sagte Lena Blanken, Volkswirtin bei der Verbraucherorganisation foodwatch.

Bei der „regulatorischen Kooperation“ sollen im Rahmen von TTIP Regulierungsvorhaben auf beiden Seiten des Atlantiks abgestimmt werden – inwiefern dabei die Parlamente eingebunden werden, ist aber offen. Zwar müsste zumindest das Europäische Parlament ein einziges Mal seine Zustimmung zu dem fertig ausgehandelten TTIP-Vertrag geben. TTIP ist jedoch als ein so genanntes „living agreement“ geplant, welches zwischen EU und USA stetig weiterentwickelt werden soll. In Expertenausschüssen (wie dem Rat für regulatorische Kooperation – Regulatory Cooperation Body, RCB und dem Joint Ministerial Body, JMB) könnten somit weitreichende Ergänzungen und Änderungen an dem Vertragswerk vorgenommen werden, ohne dass die Abgeordneten zustimmen müssten.

Öffentlich hat die Bundesregierung diese Gefahr mangelnder parlamentarischer Kontrolle immer abgestritten. Regulatorische Kooperation sei lediglich ein „Austausch zwischen Regierungsbehörden“ hieß es beispielsweise in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag. Die Entscheidungshoheit des Gesetzgebers dürfe „nicht beeinträchtigt werden“, so das Bundeswirtschaftsministerium. In dem nun geleakten vertraulichen Bericht über die Verhandlungen zeigt sich aber ein anderes Bild: Dem vertraulichen Protokoll zufolge warnte

die Bundesregierung explizit davor, dass ein Regulierungsausschuss „seinerseits Annexe [zum TTIP-Vertrag; Anmerkung foodwatch] ändern und hinzufügen und sonstige Entscheidungen treffen solle“. Weiter heißt es in dem Regierungsbericht, Deutschland „äußerte sich zudem kritisch zur gesamten Struktur, wonach unterhalb des RCB weitere Unterarbeitsgruppen gebildet werden können und insgesamt der Eindruck einer transatlantischen Behörde geschaffen werde“.

Das interne Dokument zeigt: Welche Befugnisse diese Ausschüsse im Detail erhalten werden, ist stark umstritten. Auf Nachfrage von foodwatch erklärte der Völkerrechtler Dr. Till Holterhus vom Göttinger Institut für Völkerrecht und Europarecht hierzu: „Legt man die bekannten Formulierungen im Entwurf des Freihandelsabkommens CETA zwischen Kanada und der EU und das nun bekannt gewordene interne TTIP-Verhandlungsdokument zu Grunde, so kann nach heutigem Stand nicht ausgeschlossen werden, dass im Rahmen der regulatorischen Kooperation in einigen Bereichen völkerrechtlich verbindliche Bestimmungen – etwa durch die Änderung von Annexen – begründet oder geändert werden können, ohne dass es einer erneuten Ratifikation und damit der Zustimmung des Europäischen Parlamentes sowie im Regelfall der mitgliedstaatlichen Parlamente bedürfte.“

Lena Blanken von foodwatch: „Das Papier belegt, wie die Bundesregierung die Öffentlichkeit in die Irre führt. Gefahren von TTIP werden in der Öffentlichkeit regelmäßig geleugnet, Kritikern wird Panikmache unterstellt. Dabei weiß die Regierung in Wahrheit offenbar sehr genau, dass bei TTIP Expertengremien ohne jede parlamentarische Zustimmung verbindliche Regulierungsmaßnahmen beschließen könnten – etwa Vorgaben zur Lebensmittelkennzeichnung oder zur Zulassung von Chemikalien. Dass die Parlamente in Deutschland und Europa durch TTIP-Expertengremien entmachtet werden könnten, ist Bundeskanzlerin Angela Merkel offensichtlich bewusst. Doch sie trommelt unverdrossen weiter für das Abkommen. Ist das ihre Vorstellung von ‚marktkonformer‘ Demokratie?“

Redaktioneller Hinweis:

- Vertrauliches Dokument zu Verhandlungen zwischen EU-Kommission und Mitgliedsstaaten, veröffentlicht vom Recherche-Büro Correctiv (zur „regulatorischen Kooperation“ siehe Seite 13): tinyurl.com/qcah3aj
- Einschätzung des Instituts für Völkerrecht und Europarecht der Universität Göttingen zur regulatorischen Kooperation: tinyurl.com/n9zajxz
- Bundesregierung zur „regulatorischen Kooperation“, Antwort auf Kleine Anfrage im Bundestag: tinyurl.com/ppaugsr

Pressekontakt:

Martin Rücker

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Noch kein Urteil im Prozess um Unilevers Cholesterinsenker Becel pro.activ – foodwatch fordert Verkaufsstopp für umstrittene Margarine

geschrieben von Andreas | 28. August 2015
Pressemitteilung

Hamburg, 28. Juli 2015. Das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg hat heute noch kein Urteil im Berufungsprozess um die cholesterinsenkende Margarine Becel pro.activ gefällt (Az 7 U

7/13). Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte dem Hersteller Unilever vorgeworfen, die bekannten Hinweise auf mögliche Nebenwirkungen seines Produkts zu verschleiern und daher Klage gegen den Konzern eingereicht. Als Termin für die Urteilsverkündung benannte das Gericht den 1. September 2015 (10.00 Uhr).

Fakt ist: Unilever kann weder den gesundheitlichen Nutzen noch die Sicherheit von Becel pro.activ belegen. Eine Reihe von Studien legt vielmehr nahe, dass die in hoher Konzentration der Margarine zugesetzten Pflanzensterine das verursachen könnten, was sie eigentlich verhindern sollen: Ablagerungen in den Gefäßen und damit ein erhöhtes Risiko auf Herzkrankheiten. Dennoch hatte Unilever unter Verwendung von Zitaten eines Wissenschaftlers im Jahr 2011 behauptet, dass es bei Becel pro.activ „aus wissenschaftlicher Sicht keinen Hinweis“ auf Nebenwirkungen gebe – eine Aussage, die nach Auffassung von foodwatch nachweislich falsch ist. Die Klage der Verbraucherorganisation zielt darauf ab, die Weiterverbreitung dieser Aussage zu verhindern.

Der Vorsitzende Richter am Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg betonte am Dienstag, dass die Aussage „in einer Werbeanzeige schon eine gefährliche Sache“ wäre – in einer Pressemitteilung jedoch eine zulässige Meinungsäußerung sein könnte. In der mündlichen Verhandlung ging es nicht um die Sicherheit des Produkts. Im Zentrum stand die Frage, ob es sich bei dem Zitat um eine reine Meinungsäußerung handelt oder um eine Tatsachenbehauptung, noch dazu eine EU-weit genehmigungspflichtige gesundheitsbezogene Werbeaussage. Dies ist keineswegs eine bloße juristische Spitzfindigkeit: Während eine Tatsachenbehauptung nur dann zulässig ist, wenn sie wahr ist, darf eine Meinung auch unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt verbreitet werden. In erster Instanz hatte das Landgericht Hamburg die Aussage als Meinung eingestuft und die Klage von foodwatch am 14. Dezember 2012 daher abgewiesen, ohne jedoch Unilevers Behauptung einem Faktencheck zu

unterziehen (Az 324 O 64/12).

Das Oberlandesgericht legte sich Dienstag nicht endgültig fest, zeigte jedoch eine Tendenz, der Vorinstanz zu folgen. Dann dürfte Unilever weiterhin falsche Aussagen über die Sicherheit von Becel pro.activ verbreiten, weil diese als „Meinungsäußerung“ nicht belegt werden müssten. foodwatch-Klageführer Oliver Huizinga befürchtet für den Fall eines solchen Urteils, dass das Unilever-Prinzip Schule machen könnte: „Die Verbraucher können sich offenbar nicht darauf verlassen, dass ein Wissenschaftler im Dienste eines Konzerns bei Aussagen über die Sicherheit eines hoch umstrittenen Produktes auch die Wahrheit sagen muss – das ist fatal. Ein Unternehmen darf nicht nur der ‚Meinung‘ sein, dass sein Produkt sicher ist – es muss dies auch mit Fakten belegen können. Für die Verbraucher ist es schließlich egal, ob gesundheitsrelevante Aussagen auf Werbeplakaten oder in der Presse verbreitet werden.“ Weil ein Beleg für die Sicherheit von Becel pro.activ bis heute fehlt, forderte foodwatch Unilever auf, die Margarine vom Markt zu nehmen. Bei dem Produkt handele es sich um ein Quasi-Medikament – Unilever solle dafür eine Zulassung als Medikament beantragen, falls die erforderlichen Studien eines Tages Sicherheit und Nutzen belegen können.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hatte 2008 betont, dass der Verzehr von Lebensmitteln mit zugesetzten Pflanzensterinen von gesunden Menschen ohne Cholesterinproblem „ausdrücklich vermieden werden sollte“ und dies mit möglichen Gesundheitsrisiken begründet. Die französische Lebensmittelsicherheitsbehörde ANSES wies zudem erst 2014 auf den fehlenden Beleg für einen gesundheitlichen Nutzen hin: Es gebe keinen Beweis, dass Lebensmittel mit zugesetzten Pflanzensterinen Herzkrankheiten vorbeugten.

Link:

Informationen zu Becel pro.activ: tinyurl.com/becelproactiv

Redaktionelle Hinweise:

- Übersicht über die wissenschaftlichen Hinweise zu Nebenwirkungen von Becel pro.activ: tinyurl.com/studien-pflanzensterine
- Fragen & Antworten zu Becel pro.activ und zum Prozess: tinyurl.com/faq-becelproactiv
- Chronologie der Auseinandersetzung zwischen foodwatch und Unilever: tinyurl.com/becel-chronologie
- Bildmaterial unter: tinyurl.com/becel-Produktfoto

Pressekontakt:

foodwatch e.V.,

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 23

Fax: +49 (0)30 / 24 04 76 – 26

Vor Ort in Hamburg: Martin Rücker, Telefon: +49 (0) 1 74 / 3 75 16 89